Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Fernsprechstelle Nr. 22.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Austrägerinnen, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Geöffnet der Geschäftsstelle Abends 6 Uhr.

Dreiundsechzigster Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die weitste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 ₰, die Reklamezeile 30 ₰. Geringster Inseratenbetrag 40 ₰. Für Rückgabe eingesandter Manuskripte übernehmen keine Gewähr.

Mittwoch, den 23. dieses Monats, von vormittags 1/4 10 Uhr ab,

Sitzung des Bezirks-Ausschusses.

Bautzen, am 14. März 1910.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Wegen Reinigung meiner Büros und Sonnabend, den 19. und 19. März 1910, sämtliche Expeditionen des unterzeichneten Stadtrats geschlossen und werden nur dringliche Sachen erledigt. Beim Königlichen Standesamte wird nur Sonnabend von 11 bis 12 Uhr vormittags geöffnet.

Stadtrat Bischofswerda, am 12. März 1910.

Das Neueste vom Tage.

Auf den Kriegswerften in Kiel sind wegen Wahlrechtsdemonstrationen zahlreiche Arbeiter entlassen worden. Etwa 10 000 Personen versammelten sich am Dienstag Demonstrationen, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. (Siehe Deutsches Reich.)

Die Mehrheit der französischen Deputiertenkammer hat dem Ministerpräsidenten Briand ihr Vertrauen ausgesprochen. (Siehe Drahtnachr.)

In Rom sind die Straßenbahner in den Ausstand getreten. Der Verkehr ruht auf allen Straßen.

Der König und die Königin der Bulgaren wird am 21. März in Konstantinopel zu einem 7tägigen Besuch eintreffen und am Bahnhof vom Sultan empfangen werden.

Im rumänischen Budgetvorschlag für 1910/11 sind die Einnahmen um 25 Millionen höher als in den vergangenen Jahren. (Siehe Drahtnachr.)

(Siehe auch letzte Meldungen.)

Die Flottenfrage im englischen Unterhaus.

Die Flottenfrage ist jüngst wiederum unter der Führung des ersten Lords der Admiralität Mac Kenna im englischen Unterhause außerordentlich gründlich und weit ausschauend behandelt worden, denn der Admiralitätschef, Mac Kenna erklärte, daß England im Jahre 1918 eine beherrschende Mehrheit von Dreadnoughts besitzen werde, und in einer Zwischenrede auf einen Zuruf des Parlamentsmitglieds Robert Harcourt zeigte es sich auch, daß die englische Admiralität über den Bau von 13 deutschen Dreadnoughts genau unterrichtet ist, und unter allen Umständen die Möglichkeit verhindern will, daß Deutschland mehr Dreadnoughts in einem späteren Jahre besitzt, als England. An eine Einschränkung der Flottenbauten ist nach den Erklärungen Mac Kennas in England auch nicht zu denken, denn England müsse gegen jedes Risiko geschützt sein und auch im strengen Sinne des Wortes den Zweimächte-Standard behaupten, d. h. England müsse mehr Kriegsschiffe besitzen, als irgend zwei Großmächte zusammen, damit England auch in der Lage sei, sich gegen eine Koalition von zwei Großmächten zur See zu schützen. Fünf große Dreadnoughts sollen in diesem Jahre noch gebaut werden, um England vor jeder möglichen Gefahr zu schützen und Englands Herrschaft auf dem Weltmeer aufrecht zu erhalten. Schon im März 1912 will England von diesen größten aller Panzerschiffe, den Dreadnoughts, 20 besitzen und außerdem noch eine große Anzahl neuer Panzerkreuzer fertigstellen.

Interessant ist auch, daß die Opposition im Unterhause noch nicht einmal mit diesen Erklärungen in Bezug auf die englischen Flottenbauten zufrieden war, sondern noch die Bereitstellung größerer Machtmittel verlangte. Die Opposition gab aber zu, daß die Regierung jetzt endlich die große Gefahr der Lage Englands, von einer anderen Macht zur See überflügelt zu werden, endlich eingesehen habe, und den ersten großen Schritt getan habe, um die klaffende Lücke in der englischen Rüstung zur See auszufüllen. Wenn man bedenkt, daß England schon jetzt etwa dreimal mehr Kriegsschiffe als Deutschland besitzt und etwa 20 Kriegsschiffe mehr als Deutschland und Frankreich zusammen in See führen konnte, so muß man zunächst wohl den englischen Patriotismus bewundern, der für Englands Machtstellung zur See fabelhafte und grenzenlose Opfer zu bringen geneigt ist, aber man muß dem Bedauern Ausdruck geben, daß dieses riesige Rüsten Englands zur See auch die anderen Großmächte zu einem neuen Wettrüsten anspornen wird.

Zu Flottenrüstungen aber gehört nicht nur Geld und bei der Berechnung des Nationalvermögen muß zu dem Barvermögen als Aktivum auch die Zahl der Wehrfähigen und militärisch ausgebildeten Männer hinzugerechnet werden. Der wunde Punkt bei der englischen Flottenpolitik ist die Bemannungsfrage der Schiffe, die schon jetzt zur Verminderung der Besatzung der einzelnen Schiffe durch Beschränkung der verhältnismäßig viele Mannschaften fordernden Mittelartillerie geführt hat. Darüber macht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" einige Andeutungen, wenn sie schreibt: Ein Schiff mit Mittelartillerie braucht mehr Besatzung, denn die 12 bis 20 mittleren Geschütze und ihre Munitionsfördereinrichtungen erfordern ein stattliches Plus an Bedienungsmaterial und Reservemannschaften, und dieser Umstand scheint es vornehmlich gewesen zu sein, der die Engländer zu dem Fortfall der Mittelartillerie auf ihren Dreadnoughts bestimmt hat; denn das Gespenst des Personalmangels wird bei der Flotte eines Landes, das die allgemeine Wehrpflicht nicht kennt, nie ganz verschwinden. In der Tat haben die Engländer rund 100 Mann Besatzung weniger an Bord der neuen Schiffe als wir. Deutschland dagegen ist in der glücklichen Lage, im Kriegsfall das gesamte Schiffsmaterial reichlich mit Offizieren und Mannschaften besetzen zu können, wir haben also auch Leute genug für die Besetzung der sehr zahlreichen Mittelartillerie in der Flotte.

Politische Übersicht.

Deutsches Reich.

Zu dem 50jährigen Dienstjubiläum des Generals v. Gossler sandte der Kaiser seinem einstigen Kriegsminister ein herzliches Glückwunschtelegramm. Auch der König von Sachsen sowie andere Fürstlichkeiten, ferner der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, Oberst Kämmerer Fürst zu Solms, Generalfeldmarschall v. Hahnke befanden sich unter denen, die Glückwunschtelegramme gesandt hatten.

Die Budgetkommission des Reichstags erhöhte bei der Beratung des Etats des Reichsschatzamtes den Unterstützungsfonds von 1,5 Millionen für die Tabakarbeiter einstimmig um 750000 Mark. Der Reichsschatzsekretär erklärte, die Regierung werde, wenn diese Summe noch nicht ausreichen sollte, Maßnahmen ergreifen, um den Notstand nicht aufkommen zu lassen.

Aufhebung der Generalmusterung in Preußen. In den Ministerien des Krieges und des Innern besteht, wie ein Berliner Blatt aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, die Absicht, wenn irgend möglich die Generalmusterung bei der Rekrutenaushebung fallen zu lassen. Es sind bereits Umfragen an alle Brigaden gerichtet worden, sich darüber zu äußern. Der Wegfall der Generalmusterung, die ein Obergutachten über die Tauglichkeit der Ausgehobenen abzugeben und ihre Verteilung zu verfügen hat, würde im Ersatzgeschäft keine große Störung verursachen, dagegen würden jährlich einige Millionen gespart werden.

Wahlrechtsdemonstrationen und Arbeiteraussperrungen in Kiel.

Da heute wegen der geplanten Wahlrechtsversammlungen zahlreiche Arbeiter aus Kiel und Umgegend den Arbeitsstätten ferngeblieben sind, hat der Arbeitgeberverband beschlossen, alle Arbeiter, die ohne vorherige Ankündigung bezw. Entschuldigung gefeiert haben, drei Tage nicht zu beschäftigen. Vor der Germaniawerft, wo etwa 2400 Arbeiter nicht erschienen sind, hatten sich mehrere hundert Personen angesammelt, um die Arbeitswilligen zurückzuhalten.

Nach Ablauf der Wahlrechtsversammlungen kam es am Abend zwischen den unter Hochrufen auf das allgemeine gleiche Wahlrecht durch die Straßen ziehenden Trupps und der Polizei mehrfach zu Zusammenstößen. Einige Schutzleute wurden hart gedrängt und mußten in einen Laden flüchten, dessen Fenster sodann von der Menge zertrümmert wurden. Eine Anzahl Personen erlitten Verletzungen, auch sind einige Schutzleute durch Steinwürfe verwundet worden.

Dem „Vorwärts" zufolge ruhte von mittag an in den meisten Betrieben der Privatindustrie und des Handwerks die Arbeit. Auf der Krupp'schen Werft feierten 80 Proz. und auf den Howaldswerken 75 Prozent. Nach Abhaltung von Versammlungen zogen die Massen in Stärke von 10- bis 15 000 Personen unter Hochrufen auf das freie Wahlrecht durch die Stadt. Als der größte Teil der Demonstranten auf dem Wilhelmsplatz angelangt war, ging nach einer Meldung des